

Initiator: Laurenz Kiefer

Betrifft:

Information zu den aktuellen Vorhaben an der Landshuter Allee zur Umsetzung der 7. Fortschreibung des Luftreinhalteplans für München

Antrag:

- 1) Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat den Bezirksausschuss 9 sowie die betroffenen Bürger unverzüglich zu Lage, Umfang und gesicherter Funktionsweise der geplanten Immissionsschutzwände im südlichen Teil der Landshuter Allee (ab Nymphenburger Straße) zu informieren; dabei hat das Referat zu veranschaulichen (z.B. durch Stoffbahnen vor Ort), wie die Gestaltung der Wände erfolgen soll und wie deren Wirkung auf die Umgebung ist.
- 2) Das Referat hat weiter zu erläutern, ob, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen eine Verkehrsmengenbeschränkung für die Landshuter Allee geprüft und umgesetzt wird.
- 3) Zudem hat das Referat fundiert zu begründen, ob und welche Maßnahmen für den Bereich nördlich der Nymphenburger Straße vorgesehen sind oder warum dort kurzfristige Schutzmaßnahmen im Rahmen des Luftreinhalteplanes unterbleiben.
- 4) Die Stadt hat den Bezirksausschuss 9 und die Bürger des Viertels darüber zu informieren, in welchem Verhältnis diese Maßnahmen im Rahmen des 7. Luftreinhalteplanes der Stadt zur Realisierung des beschlossenen Tunnels stehen.

Begründung:

Wie in einem Schreiben an die Bürgerinitiative „Pro Landshuter Allee Tunnel“ bekannt wurde, erfolgen bereits Prüfungen für Einzelmaßnahmen im Rahmen des Luftreinhalteplans für den südlichen Teil der Landshuter Allee ab Nymphenburger Straße bis Donnersberger Brücke. Im Hinblick auf Immissionsschutzwände wurde jedoch bereits in der Machbarkeitsstudie für den Tunnel keine ausreichende Schutzwirkung, sondern vielmehr eine erhebliche Negativwirkung für die Lebensqualität der Anwohner festgestellt.

Die offenbar zusätzlich zur Prüfung anstehende Frage einer Verkehrsmengenbeschränkung für die Landshuter Allee erscheint angesichts der geringen Möglichkeit von noch aufnahmefähigen Ausweichrouten sehr fraglich. Es ist somit fachlich fundiert darzulegen, ob und in welcher Form eine derartige Maßnahme überhaupt realisierungsfähig ist.

Es kann nicht angehen, dass derartige Maßnahmen, die auf voraussichtlich mehrere Jahre in die Lebensumstände der Menschen im Viertel eingreifen, geprüft und beschlossen werden, ohne dass die Betroffenen vor Ort sowie der Bezirksausschuss 9 dazu umfassend informiert und gehört werden.

München, den

Für die CSU-Fraktion Leonhard Agerer (Fraktionssprecher)

Der vorstehende Beschluss wurde in der Sitzung des BA 9 am
mit Mehrheit / einstimmig gefasst.

München, den

Vorsitzende des BA 9